

Beitrag von Child Survivor Philipp Sonntag



Horst Selbiger

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 26. 01. 2019

Ich überbringe die Grüße und guten Wünsche von einem Opfer, dem **Child Survivors Horst Selbiger, Ehrenpräsident bei Child Survivors Deutschland e. V. (CSD)**. Die frühere „Zentrale Dienststelle für Juden beim Berliner Arbeitsamt“ hat ihn während des Holocausts dreimal zu einer Arbeitsstelle als Zwangsarbeiter vermittelt. Im Alter von 17 Jahren musste er zum Beispiel mit fürchterlichen Giftbrühen – kochendes Trichloräthylen – Metalle für die Rüstungsindustrie entfetten, bei Kälte, Hunger, Lebensbedrohung, in wachsender Verzweiflung.

Es ist wichtig, sich klar vor Augen zu halten, um was für schreckliche, lebensbedrohliche Erfahrungen es dabei ging, auch, wie Opfer jahrzehntelang an Spätfolgen leiden. Es gab 30.000 Opfer allein mit Hilfe dieser einen Dienststelle!

Zu den Skandalen in Behörden gehört die Zurückweisung von Horst Selbigers bescheidenem Antrag 1964 auf Anerkennung seiner durch die Naziverfolgung erlittenen Gesundheitsschäden, in der Hoffnung auf etwas Schadenslinderung – Wiedergutmachung wäre ein die Realität verzerrendes Wort. Das Entschädigungsamt Berlin lehnte ab, nach fast 15 Jahren gerichtlichen Kampfes gegen das Berliner Entschädigungsamt lautete das Urteil vom 3. Mai 1978 :

„Dem Kläger steht ein Entschädigungsanspruch ... nicht zu, da ein ursächlicher Zusammenhang zwischen den bei ihm aufgetretenen Erkrankungen und der nationalsozialistischen Verfolgung nicht wahrscheinlich ist.“

Das Urteil stützte sich auf ein 44-seitiges Gutachten von Dr. med. K. Neye, Facharzt für Innere Krankheiten, in dem unter anderem folgender Satz von einem gewissen Gotthard Schettler zitiert wurde, der beweisen sollte, dass meine Verfolgungsschäden zweifelhaft seien:

„Die jüdische Rasse scheint zu Gicht, Diabetis mellitus und familiärer Hypocolesterinämie ... zu neigen“.

Also ein Rassist. Es ist wichtig, jetzt in der BRD vor solchen Dienststellen und solchen

„Gutachtern“ zu warnen. Lothar Eberhardt hat den Ort der Dienststelle als

„Schikanepromenade“ bezeichnet. Empörend sind sowohl die Leiden der Opfer als auch die

skrupellose Zuarbeit der Dienststelle für die Nazis. Deshalb: 2019 ist die Demokratie herausgefordert, den Provokationen von Rechtspopulisten mit pädagogisch wertvoller und medientechnisch moderner Aufklärung zu begegnen.

Ich empfehle eine permanente Ausstellung, sowohl anschaulich über die schrecklichen Leiden, als auch gut verständlich aufgearbeitet über den Zugriff krimineller Staatsgewalt auf folgsame Behörden, auf Mitläufer, auf unschlüssige Bürger usw. Den Typ des Erfüllungsgehilfen gab es bei den Nazis, es gab und gibt ihn seitdem bis jetzt und er wird weiterhin viel Schaden anrichten, siehe z.B. die Erläuterungen von Hannah Arendt zur Ausübung von Gewalt, siehe den reaktionären Typ bei L' Hurluberlu“ von Anouil.

Aufschlussreich sein könnte ein Vergleich von Texten (Werbung, Behörden, Gesetze) der Nazis vor 1933, der Rechtspopulisten jetzt in Europa – und Entsprechungen zu Anordnungen der Dienststelle, für eine „Denkstätte Schikanepromenade“.

Dies soll ermöglichen, über eine Gedenkstätte hinaus mit einer „Denkstätte“ für die Zeit bis hin zur Gegenwart Varianten des Faschismus aufzudecken. Es soll anschauliche Anregungen für eine bessere Sicherung des Rechtsstaates in einer robusten Demokratie geben. Dafür könnten einschlägige Themen mit unterstützender Forschung (Linguisten, Juristen, Psychologen, Historiker) umgesetzt werden, mit Texten, Bildern, Grafiken usw., Themen wie:

- Dokumente der Ausrichtung der Behörde in Richtung Erfüllungsgehilfe des Faschismus, mit gewollter Schikane und starker Auswirkung auf die Betroffenen und die Gesellschaft insgesamt.
- Was für verheerende Leiden jeweils durch bestimmte, teils nüchtern wirkende Anordnungen gezielt bewirkt wurden.
- Verlautbarungen, Sprüche, Wahlkampf-Aussagen usw. von Nazis bis 1933, weiter bis 1945; und danach von Neonazis, Rechtspopulisten usw. in der BRD
- Durch Adenauer und Globke gelangten faschistische und faschistoide Juristen wieder in die Ministerien, in die Gerichte und anderen Behörden; ebenso typische Sympathisanten und „Mitläufer“. Forschungsauftrag: Ermittlung, was die damaligen Verantwortlichen und Neonazis und Sympathisanten und Rechtspopulisten nach 1945 für Posten bekommen haben und was sie dort weiter an Schäden – immer mit der Verschleierung sie seien „Demokraten“, angerichtet haben. Dazu kann z. B. Willkür gehören im Umgang mit Asylbewerbern, Flüchtlingen, gefährdeten Minderheiten wie z. B. Sinti und Roma. Das umfasst zum Beispiel Verbote, Einschränkungen, Gewalt der Polizei bei Abschiebungen und Vertuschungen solcher Übergriffe durch die Justiz.

Selbstverständlich lehnen Behörden die Förderung solcher schöpferischen Projekte ab. Instinktiv scheuen sie besonders den „kafkaesk geschulten Blick“ auf ihre Bürokratie. Deshalb braucht man Sponsoren, schon zur Vorbereitung. Nur Mut, „ausversehen“ wurden manchmal doch kritische Projekte genehmigt.